



Streik der Grubenleute mag verhütet werden

Sekretär Wilson arbeitet unermüdet, um beide Parteien einander näher zu bringen; dieses mag heute ermöglicht werden

Alle bisherigen Versuche aber waren fruchtlos

Washington, 24. Okt. — Der drohende Streik von 500,000 Kohlengräbern mag infolge der Bemühungen des Sekretärs für Arbeiterangelegenheiten Wilson verhütet werden. Dagegen die Vertreter der Grubenbesitzer gestern den Kompromissvorschlag abgelehnt haben, und die Grubenbesitzer sich weigerten, ihren Standpunkt anzugeben, so hat Sekretär Wilson dennoch eine nochmalige Konferenz ermöglicht, um einen weiteren Fortschritt in Erwägung zu ziehen. Auf seinen Wunsch werden beide Parteien, ohne daß sie mit einem feststehenden Programm hervortreten, sich über die Arbeitszeit, den Lohn und Arbeitsverhältnisse austauschen. Bisher hatten es die Vertreter der Grubenbesitzer abgelehnt, sich auf allgemeine Bestimmungen einzulassen, außer der Streikfrist wird widerrufen; und die Grubenbesitzer wollten sich auf keinerlei Verhandlungen einlassen, außer man beschaffte sich ausschließlich mit deren Programm, nämlich sechsstündige Arbeitszeit per Tag, fünf Tage Arbeit in der Woche und Erhöhung des Lohnes.

Die Sekretär Wilson sagt, sind die Grubenbesitzer willens, auf seinen Vorschlag einzugehen; die Grubenbesitzer indes ablehnend; sie verlangen vor allen Dingen, daß der Streikbefehl rückgängig gemacht wird, ehe sie sich auf weitere Verhandlungen einlassen.

Dem gestrigen dramatischen Appell des Sekretärs für Arbeiterangelegenheiten ist es zuzuschreiben, daß die Konferenz nicht in die Brüche ging. Die Konferenz nähere sich gestern nach einer hitzigen Debatte ihrem Ende, und die Vertreter der Grubenbesitzer hatten den Kompromissplan abgelehnt; da richtete Sekretär Wilson nochmals einen Appell an beide Parteien, heute nochmals einen Versuch zu machen, einander näher zu kommen.

John L. Lewis, Präsident der United Mine Workers, sagte heute im Rahmen der Konferenz: „Der Streikbefehl wird nicht zurückgenommen werden.“

Thomas R. Brewster, Präsident der Kohlengrubenbesitzer, sagte heute abend: „Wir sind um keinen Preis bereit, den Streik zu beenden.“

Europa benötigt amerikan. Kredit

100,000,000 bis nächsten Sommer benötigt, um internationale Handelslage zu stabilisieren.

Atlantic City, N. J., 24. Okt. — Der Verlauf der gestrigen hier abgehaltenen internationalen Handelskonferenz erklärte Herr Dwight W. Brown, von der Finanzfirma J. P. Morgan & Co., daß sich die Vereinten Staaten im kommenden Sommer genötigt werden sehen, den europäischen Nationen, die schwer an den Folgen des Krieges leiden, einen Kredit von mindestens \$2,000,000,000 zu gewähren, um die internationale Handelslage im normalen Gleichgewicht zu erhalten.

Um einen derartigen Kredit zu gewährleisten zu können, ist es notwendig, daß sich dieses Land mit allen seinen Kräften der Produktion widmet und sich allgemeine Sparmaßnahmen beschließt.

Herr Morrow erklärte des Weiteren, daß die Ausfuhr von Waren aus Europa vom 1. Juli 1914 bis zum 1. Juli 1919, die Einfuhr um 10 Prozent vermindert wurde, während die Einfuhr um 20 Prozent zunahm, wodurch die internationale Kreditlage sich erheblich verschlechtert wurde.

Die Vergleichung dieses Exportüberschusses wurden den Vereinigten Staaten \$940,000,000 in Gold zufließen; die Regierung der Vereinigten Staaten gewährte den verschiedenen Nationen Kredite in der Gesamthöhe von \$9,615,000,000; Kapitalnehmer brachten \$2,750,000,000 für ausländische Kredite auf, während der Restbetrag auf unbestimmte Weise beschaffen wurde.

Weitere Aussagen Bernstorff's

Seine Bemühungen, den Frieden zwischen Deutschland und Amerika zu wahren, nicht anerkannt.

Berlin, 24. Okt. — Das Verhör des früheren deutschen Votschatters in Washington v. Bernstorff wurde gestern vor der Reichstagskommission fortgesetzt. Er sagte, er wisse nichts von einem Präsidenten Wilson am 28. Januar 1917 unterbreiteten Versuch, den Frieden zwischen den Zentralmächten und den Alliierten zu vermitteln. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland habe ihm der Kaiser gesagt, daß er (Bernstorff) in zwei Punkten der Situation nicht gewachsen gewesen sei, nämlich daß er den britischen Behörden gestattete, sich des Koffers zu bemächtigen, in welchem sich Dokumente eines schwedischen Diplomaten befanden, von welchen angenommen wurde, daß sie Aufschluß über deutsche Verträge an Mexiko gäben; und zweitens weil er die Ernennung James W. Gerard's zum deutschen Votschatter nicht hintertrieb. Außerdem hatte Bernstorff beschuldigt, den Frieden herbeizuführen, indem er gegen den U-Bootkrieg agitierte, dabei erklärend, daß derselbe innerhalb drei Monaten den Frieden bringen werde. Außerdem habe ihm auch mitgeteilt, daß die von dem Präsidenten Wilson gemachten Friedensvorschlüge im Reichstag nicht angenommen werden würden, denn mit Ausnahme der Sozialisten würde keine Partei dafür stimmen. „Aber“, so sagte Bernstorff im weiteren Verlauf des Verhörs, „ohne Amerikas Hilfe hätten die Alliierten die Deutschen nie besiegt. Wäre es uns gelungen, Amerika aus dem Kriege fern zu halten, dann wäre ein Kompromißfriede möglich gewesen.“ Deutschland sei seitens Amerikas vor einem U-Bootkrieg gewarnt worden; der unbegrenzte Tauchbootkrieg brachte Amerika in den Krieg. Am 30. Januar“, sagte Bernstorff, „unterbreitete ich Oberst Houle, dem Vertreter des Präsidenten Wilson, die deutschen Friedensbedingungen und am 31. die Erklärung, daß der unbegrenzte Tauchbootkrieg beschlossen worden sei. Hierauf habe ich keinerlei Verhandlungen mehr mit Vertretern der Ver. Staaten angeknüpft.“

König Albert löst belg. Parlament auf

Brüssel, Belgien, 24. Okt. — Auf Grund einer königlichen Verfügung, die am 17. Oktober in Los Angeles, Calif., von König Albert erlassen wurde, löste sich hier das Parlament auf. Das Kabinett wird sofort nach der Abhaltung der Wahlen resignieren.

Gehalt 5 Jahre zurückhaus

Chicago, Ill., 24. Okt. — Peter Solzmaier, der seinerzeit im Hause eines Nachbarn aus einem Bild des Präsidenten Wilson die Augen ausgestochen, sich in beleidigender Weise über die amerikanischen Soldaten geäußert und die Hoffnung ausgesprochen haben soll, daß die deutschen Tauchboote jedes amerikanische Transportschiff versenken mögen, wurde gestern von Bundesrichter Landis zu einer Zuchthausstrafe von 5 Jahren verurteilt, die er in Leavenworth, Kans., zu verbüßen hat. Nach der Verurteilung machte der Richter dem Verurteilten die Mitteilung, daß er ihm am 20. Jahre Zuchthaus audifizierte hätte, wäre kein Fall während des Krieges zur Verhandlung gekommen.

Amerikanisierungs-Gesetz

Washington, 24. Okt. — Eine Vorlage zur Amerikanisierung und zur Ausmerzung der Unwissenheit in den Ver. Staaten wurde dem Senats-Ausschuß günstig einberichtet. Die Vorlage bestimmt, daß jedes Jahr die Summe von \$12,500,000 für diesen Zweck bewilligt werden soll. Staaten, die sich um einen Anteil an dieser Summe bewerben, müssen Schulungsweg einführen, einerlei ob Eingeborene oder Eingewanderte. Eingewanderte müssen englische Klaffen besuchen.

Schneefälle und Kälte im Nordwesten

Farago, N. D., 26. Okt. — Der Staat Nord-Dakota hatte gestern sein erstes Winterwetter zu verzeichnen. Aus verschiedenen Distrikten werden schwere Schneefälle gemeldet. Hier war ein einziger Schneefall zu verzeichnen bei einer Temperatur von 25 Grad über Null.

Britischer Regierungsbereiter nach Deutschland

London, 24. Okt. — Es wurde hier bekannt gegeben, daß es die Mission des Lord M. Selby in Berlin sei, die diplomatischen Beziehungen zwischen Großbritannien und Deutschland wieder aufzunehmen. Derselbe wird die Wege anbahnen zur Ernennung eines diplomatischen Vertreters und der schließlichen Ernennung eines Gesandten. Es ist noch nicht festgesetzt, wann Francis Osbold Anden, der britische Hochkommissar nach Wien abreist, doch glaubt man, daß er in einigen Tagen sich dahin begeben wird.

Englands Regierung erleidet Niederlage

Wird bei Abstimmung über Piloten-gesetz geschlagen; voraussetzlicher Ministerrücktritt.

London, 24. Okt. — England sieht sich durch eine gestrige Abstimmung im Unterhause, wobei die Regierung mit einer Majorität von 72 Stimmen geschlagen wurde, plötzlich und unerwartet einem Regierungswechsel, oder vielleicht auch einer Auflösung des Parlaments gegenüber gestellt. Es handelte sich in dieser Abstimmung um ein von der Regierung energig unterstütztes Amendement zum Pilotengesetz, wonach jener Abschnitt des Gesetzes, der die Verleitung einer Pilotenlizenz an Ausländer verbietet, zugunsten der Franzosen geändert werden sollte. Bei der Abstimmung war nur etwa die Hälfte der Mitglieder des Unterhauses zugegen und das Amendement wurde mit 185 gegen 113 Stimmen abgelehnt.

Die Bekanntgabe des Ergebnisses der Abstimmung wurde von gegnerischer Seite mit großem Beifall aufgenommen und rief große Aufregung hervor. Andrew Bonar Law reichte sofort einen Vorschlag für Vertagung bis auf Montag ein, um der Regierung Gelegenheit zu geben, den von ihr einzuschlagenden Kurs genau festzulegen. Ueber die durch obige Abstimmung hervorgerufenen Verhältnisse herrschen widersprechende Ansichten vor. Man ist jedoch allgemein der Meinung, daß die Regierung, angesichts der geringen Beteiligung bei der Abstimmung, nicht zurücktreten wird. Gleichzeitig wird jedoch erwartet, daß Premierminister Lloyd George sich die Annahme dieser Vorlage zur Aufgabe geleht hat, seine Resignation einreichen wird.

Neuesten Nachrichten zufolge ist ein Sturz der Lord George Regierung zu erwarten. Regierungsbereiter und politische Sachverständige sind der Ansicht, daß Lloyd George resignieren wird. Es wird bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen, daß die Ablehnung des von der Regierung beschlossenen Amendements als solches keine besondere Wichtigkeit hat, den wahren Stand des Parlaments der gegenwärtigen Regierung gegenüber zeigt.

Figgerald verliert seinen Sitz im Hause

Washington, 24. Okt. — Auf Beschluß des Untersuchungsausschusses des Hauses ist der Abgeordnete John F. Figgerald, Boston, seines Sitzes im Hause verlustig gegangen und sein Gegenkandidat Peter F. Lague eingesetzt worden. Es hat sich herausgestellt, daß Figgerald bei den letzten Abgeordnetenwahlen mehr Stimmen erhalten hat, wie Figgerald.

Berühmter fahren auf Mine auf

Stockholm, 24. Okt. — Hier eingetroffene Berichte melden, daß ein Dienstag zwei Berühmte der Völschengruppe im Golf von Gullmar auf Minen auftraten und mit einem Menschenverlust von 346 Mann verlor. Weitere Einzelheiten liegen noch aus.

Blasla schuldig befunden

Valentine, Neb., 24. Okt. — Der Farmer Blasla, der beschuldigt ist, seine Frau zu Tode geprügelt zu haben, wurde von dem Geschworenengericht des Mordes im zweiten Grade schuldig befunden.

Gesellschaft baut Lauerungswerke

Beatrice, Neb., 24. Okt. — Die Aktieninhaber der Matrice Oil and Development Company haben beschlossen, auf ihrem Delland in Tinn County, Kans., ein Lauerungswerk zu bauen. Die Gesellschaft besitzt dort 400 Aker wertvolles Delland. Andere Oil-Gesellschaften haben sich bereit erklärt, an dem Bau teilzunehmen. Die Werke sollen bei Mine Wound in Kans. erbaut werden.

Einführungskosten des Code Gesetzes

Lincoln, Neb., 24. Okt. — J. L. Jacobs & Co., von Chicago überfandte dem Auditor zwei Rechnungen im Betrage von \$399.60 und \$44 als Forderung für geleistete Dienste, um das Ackerbaudepartement unter den Bestimmungen des Code Gesetzes in Gang zu setzen. Der volle akkreditierte Betrag für alle Dienste ist \$2,220. Die Summe wird aus dem Solar- und Betriebsfond genommen.

Die Frauensektion des Hilfsvereins

Wird auch gestern wieder eine erfolgreiche Versammlung abgehalten. Morgen können wir über einen großen Betrag zum Hilfsfonds aus Nebraska City berichten.

Trotz der ungünstigen Witterung war die wöchentliche Zusammenkunft gut besucht. In Abwesenheit der beiden Frauen Schröder und Einhold fungierten Frau Hauelsen und Frau Minling als Gastgeberinnen. Der Frau W. Haas, welche den Betrag von \$500 für den Hilfsfond kollektiert hat, wurde in Anerkennung ihrer Sammelthätigkeit eine gestiftete Bernsteinkette als Andenken überreicht.

Geldbetrag kamen zur Abfertigung und wurden dem Finanzsekretär übergeben. Gemeldet von Frau Paul Kocher: Carl Schwarz \$1.00 F. Guth 5.00 Dr. John P. Johnston 1.00 Der Ueberbisch von der am letzten Samstag abgehaltenen Cardparty war 34.90 Der Ueberbisch von Nebraska City eingelangten Sammelbüchse bezifferte sich von Frau Anna Verbs auf 6.20 Von Frau Reichen auf 4.50 Eingegangen sind heute für Kaffe 9.70 Eine gestiftete geschlossene Nimmeweise kam zur Verlojung und war Frau W. Haas die glückliche Gewinnerin. Das Ergebnis war einschließlich eines Geschenkes von \$2 von Frau Haas 11.52

Für die nächstwöchentliche Zusammenkunft übernehmen die Frauen Rodenburg, Cochran, Reiter, Wagner und Vordert die Verwaltung. V. Geshmann.

Finanzbericht

Bisher vertrieben \$19,399.51 Ungenannt aus Humbren, Neb. 10.00 Von der Frauensektion Omaha abgelehrt 76.82

\$19,486.33 Finanzsekretär.

Schieds sind auszufüllen auf Gustav Hauelsen, Finanz-Sekretär, 1423 Gaymouth Str., Omaha, Neb. Schieds auf ihn ausgestellt können von Weitem auch an die Tribune gefandt werden, die sie an Herrn Hauelsen übergeben wird.

Großer Betrag aus Nebraska City. Von den obigen Frauen Heese Zahler und A. Verbs in Nebraska City ist heute die große Sammlung von \$555.50 zum Hilfsfonds hier eingetroffen, worüber wir morgen ausführlicher berichten werden. Aber heute schon sei diesen Braven herzlich Dank gesagt.

Ein Säugling als Pfand

Kearney, Neb., 24. Okt. — Ein sonderbarer Gerichtsfall kam hier vor, in dem ein kleines Kind als Pfand für die Mutter gehalten wurde. Vor einem Monat kam eine Frau Frank Zimmermann vor den Countyrichter unter einer Verhaftung, welche den Fall vor das Distriktsgericht brachte. Da die Frau nicht zahlen und auch keinen Bond von \$200 stellen konnte, und da der Richter Frau und Kind nicht einlösen wollte, nahm der Richter das Kind als Pfand, um ihr Erscheinen vor Gericht zu sichern. Die Mutter begab sich nach North Platte, um eine Stellung anzunehmen, stellte sich jedoch am Tage des Gerichts prompt ein.

Frau wird vom Bahnzug getötet

Galles City, 24. Okt. — Der Burlington Passagierzug No. 42 fuhr in ein Automobil, in dem der junge Mann Charles Bond und seine Mutter saßen, wobei die Frau eine Strecke weit geschleudert wurde und ihren Tod fand. Der junge Mann sprang aus dem Automobil und entkam. Die Car wurde vollständig getrümmert. Frau Bond war die Mutter von acht Kindern, die jedoch zum Teil verheiratet sind.

Petrograd erhält Lebensmittel

Paris, 24. Okt. — Die amerikanische Hilfskommission hat an Petrograd Nahrungsmittel verkauft, die für die nächsten 30 Tage genügen werden. Die Lebensmittel wurden wegen Sicherheit und Verhinderung der russischen Regierung des Nordwestens verkauft.

Arbeit muß von vorn beginnen

Die Volksgruppe der industriellen Konferenz soll unter Rockefeller, jr., den verfahrenen Karren wieder ins Geleise bringen

Ward Burgeß von Omaha wird dabei Hilfe leisten

Washington, 24. Okt. — Das Problem, wie der industrielle Friedensvertrag herbeigeführt werden soll, dessen Lösung angeht die Tatsache, daß sich 2,000,000 Arbeiter des Landes am Streik befinden resp. ein großer Teil davon mit Arbeitslosigkeit droht, eine gewaltige Aufgabe ist, ruht heute in den Händen von John D. Rockefeller, jr., Kapitalist und Sohn des reichsten Mannes der Welt. Rockefeller hat die Arbeit bereits gestern aufgenommen, nachdem die die Öffentlichkeit betretende Gruppe der ursprünglichen industriellen Konferenz ihn zum Vorsitzenden eines Komitees machte, wie man dem Wunsch des Präsidenten Wilson, die Arbeiten der Konferenz fortzusetzen, am besten Rechnung tragen konnte. Nachdem er heute vormittag mit anderen Komiteemitgliedern beraten, wird er nachmittag der die Öffentlichkeit betretende Gruppe einen Bericht vorlegen. Diesem Komitee gehören unter anderem an: der Sozialist Spargo; Arl. Ida Tarbell, eine Schriftstellerin, die sich mit der Herausgabe der Biographie von Rockefeller's Vater und dem Werdegang der Standard Oil Company einen Namen gemacht hat; Thomas A. Jones, Chicago, und Ward Burgeß von Omaha.

Berlin ist mit Untergang bedroht

Berlin, 24. Okt. — Unter der Ueberschrift „Der Nord von Berlin“ bringt die Börsenzeitung, eine der fähigsten deutschen Zeitungen, einen Artikel, in welchem sie erklärt, daß Schicksal Berlins tiefe auf dem Spiel. Die Zeitung erklärt, es sei vielleicht zu spät, um Berlin vor dem Schicksal zu bewahren, in jeder Beziehung auf die Stufe einer Stadt 2. Klasse herabzuzulassen, da die Geschäftstätigkeit nach dem Rheinland verlegt worden ist. Es ist dies eine Theorie, die allmählich Boden gewonnen und Berlin schlaflose Nächte bereitet hat. Die Börsen-Zeitung fährt fort: „Eines Tages wird es ein schreckliches Ermachen geben, wenn das Problem, dem wir uns gegenüberstellen, nicht erkannt und in letzter Stunde Abhilfe geschaffen wird. Das Problem besteht darin, Berlin vor der Vernichtung zu bewahren.“ In ihren Ausführungen führt die Zeitung die Sparkassenverträge im Januar auf, von deren Folgen sich Berlin nie erholt hat; dann kamen die Unruhen im März und der Streik der Transportarbeiter, welcher im Juli großen Wurm in Berlin verursachte. Dann folgte ein Streik dem anderen in endloser Reihenfolge. Die unruhige wirtschaftliche Lage führte dazu, daß Berlin fast boykottiert wurde, denn die Industrie braucht Ruhe und Ordnung, um gedeihen zu können.

Trotz der ungeheuren Ausgaben, welche mit den Umzugskosten verbunden waren, bezog eine Industrie nach der anderen nach ruhigeren Nächten. Seit nach der Winter schon jetzt werden allerhand Drohungen über Ausstände und neue Unruhen laut.

Über 500,000 Arbeiter befinden sich gegenwärtig am Streik; von dieser Zahl entfallen 200,000 auf die Stahlarbeiter und 300,000 auf Hafenarbeiter, Maschinisten u. s. w. Umrahmend 1,500,000 drohen mit Streik oder bringen auf höhere

6000 Militärpersonen mit Auszeichnung bedacht.

Washington, 24. Okt. — Wie in Washington amtlich bekannt gegeben wurde, sind über 6000 Offizieren oder Mannschaften der amerikanischen Expeditionen-Armee von General Pershing Auszeichnungen verliehen worden: die Ehren-Medaille, die höchste Auszeichnung, die die Bundesregierung zu vergeben hatte, erhielten 78, das Verdienstkreuz 5,271 und 941 die Verdienst-Medaille; dabei sind Auszeichnungen, die vom Kriegsdepartement verliehen wurden, nicht mitgezählt.

Bahnen verlangen Frachtratenhöhung

Washington, 24. Okt. — Nach einer längeren Konferenz zwischen Herrn Hines, dem Generaldirektor der unter Bahnkontrolle stehenden Bahnen, und den Vertretern der Vereinigung der Bahnleiter, wurde von letzteren der Beschluß gefaßt, sofort Schritte zu unternehmen, um eine Erhöhung der bestehenden Frachtraten zu erlangen.

Herr Hines wiederholte seine frühere Entscheidung, daß eine Reanuvierung der Frachtraten der Bahnen nicht stattfinden wird, solange sich dieselben unter Regierungskontrolle befinden. Er ist jedoch bereit, den verschiedenen Bahngesellschaften alle Informationen zuzufassen zu lassen, welche die Bahnadministration in dieser Angelegenheit gesammelt hat.

Geriichtsweise verlaute, daß die in Aussicht genommene Ratenhöhung etwa 25 Prozent betragen soll. Die Betriebskosten der Bahnen haben sich um etwa 95 Prozent erhöht und die Regierung hatte in den ersten sechs Monaten des Jahres beim Vertrieb der Eisenbahnen ein Defizit von ungefähr \$290,000,000 zu verzeichnen gehabt. Gumerbach der letzten Monate hat sich der Frachtwerte bedeutend verbessert und wird eine Besserung dieser großen Unterbilanz erwartet.

Wetterbericht

Für Omaha und Umgegend — Regen oder Schnee und viel Kälte heute abend. Samstag bedeckt und kälter. Für Nebraska — Unbestimmt und viel kälter heute abend, mit Regen oder Schnee im östlichen und südlichen Teile. Samstag schon und viel kälter im östlichen, und steigende Temperatur im äußersten westlichen Teile. Für Iowa — Regen und Kälte im äußersten östlichen Teile. Regen oder Schnee und viel kälter im westlichen und zentralen Teile heute abend. Samstag bedeckt und viel kälter, mit Regen oder Schnee im östlichen Teile.